

Die Halle monatlich drei zweimalige... für Halle monatlich drei zweimalige...

Genau der Scherffleitung Nr. 1149... der Preussischen Abteilung Nr. 1149...

Neue-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

werden die 7 geposteten Kolonietzettel... werden die 7 geposteten Kolonietzettel...

Nr. 554.

Halle, Montag, den 26. November

1917.

Die Begründung der preussischen Reformen

Vergebliche Anstürme an der Flandern-Front.

Die Wahlrechtsreform.

Mit der Einbringung der Wahlrechtsvorlage beginnt in Preußen eine neue Zeit, eine Zeit, in der das Recht und die Hilfe des preussischen Volkes, an der Gestaltung seiner Geschichte mitzuarbeiten...

An der Begründung der Wahlrechtsreform und des Entwurfs einer Reform des Herrenhauses ist besonders betont, daß Abgeordnetenhaus und Herrenhaus den Staatsnotwendigkeiten stets Rechnung getragen und eine zeitgemäße Ausgestaltung unserer Staatseinrichtungen gefördert haben...

Auch die Vorklagen der Staatsregierung, die die Neubelebung in Preußen bringen sollen, sind nicht — wie es in der Begründung des Wahlrechtsvorlages bargeht — kaum Nebensache. Mit der Heranziehung des Wahlrechtsreformers...

Die Wahlrechtsvorlage selbst zeigt denn auch im großen ganzen rechtlich fortgeschrittenen Geist. Sie bringt nach dem, was daraus schon bekannt war, kaum Neuerungen. Mit der Heranziehung des Wahlrechtsreformers...

Aber gegenüber der Beschränkung des Wahlrechts auf einen einjährigen Aufenthalt am Wahlorte fällt selbst die Beschränkung des Wahlrechts von naturalisierten Preußen nicht so hart ins Gewicht...

Kamentlich sind es die Bestrebungen, die von der Behörde schwer herbeizuführen sind. Dem Wesen nach, wenn er die politische Auffassung seiner maßgebenden Vorgesetzten nicht teilt, im Interesse des Dienstes durch eine zeitliche Vertagung die Ausübung seines staatsbürgerlichen Rechts unmöglich gemacht werden...

Wird denn wirklich ein starrer Stellenwechsel ein Beweis für eine geringere Staatsgenügsamkeit oder auch nur für eine wirtschaftliche Minderwertigkeit? Gerade die intelligenten Menschen streben nach einer Verbesserung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Stellung...

Amtklicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 26. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern nur zeitweilig zwischen Poelcapelle und Ghelvelde gesteigerte Feuertätigkeit. Vorfeldkämpfe vorstehend für uns erfolgreich und drachen Gelangene ein...

Auf dem Schlachtfeld südwestlich von Cambrai wiederholte der Feind hartnäckig seine Angriffe auf Ingh. Die dort in den vorhergehenden Tagen in Abwehr und Angriff bewährten Truppen wiesen auch gestern den Feind weislos ab...

Aus den letzten Kämpfen bei Bourlon hinter unseren Linien vertriebene Engländertruppen wurden in blutigen Nahkämpfen gefoltert. 8 Offiziere und mehr als 300 Mann wurden gefangen, 20 Maschinengewehre erbeutet.

Am Südwestende des Waldes von Bourlon und westlich von Fontaine drachten uns nützliche, sehr erfolgreiche Handgranatentwürfe den erwinntlichen Geländegewinn.

Während im Kantort griff der Feind nach heftigem Trommelsturz an. Er wurde abgewiesen. Ein englischer Vorstoß südlich von Gercourt brach vor unseren Hindernissen zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz ist bekannt geblieben. Die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz ist bekannt geblieben...

Das Heere Feuer griff von dem Kampffelde auch auf die benachbarten Abstände über und hielt namentlich zu beiden Seiten von Orens tagüber in großer Stärke an.

Infanterie, Schütz- und Jagdbataillone griffen trotz heftigen Sturmes und Regen erfolgreich in den Kampf ein und unterkühlten auf dem Gesichtsfelde bei Cambrai und an der Maas unermüdlich Führung und Truppen.

Deftlicher Kriegsschauplatz und mazedonische Front. keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front. In kritischen Gebietskämpfen erzielten unsere Truppen Erfolge und behaupteten sie gegen italienische Gegenangriffe.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wieder 12 000 Tonnen!

Berlin, 25. Nov. (Amtkl.) Durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote wurden im Sperrgebiete um England wiederum 12 000 Brutto-Registertonnen vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befand sich ein bewaffneter Dampfer von 6000 Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

eine geringere Staatsgenügsamkeit oder auch nur für eine wirtschaftliche Minderwertigkeit? Gerade die intelligenten Menschen streben nach einer Verbesserung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Stellung. Soll nun der Handlungsgeschäfte, Techniker, Ingenieur oder Kubistil, der sich wirtschaftlich des Wahlrechts in Preußen gefoltert werden? Wenn man aber nur die Form in den anderen verhielt, will, so ist darauf hinzuweisen, daß das Reichstagswahlrecht, das solche Einschränkung nicht kennt, bisher keine lächelnd Folgerungen in 2-der Hinsicht gezeigt hat. Diese Ansicht würde eine so einschneidende Maßregel nicht rechtfertigen. Die Abänderung dieser Bestimmung ist im Interesse der Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte eines großen Teils der Bevölkerung um so lebhafter geboten, als keine sachlichen Gründe dafür ins Feld geführt sind. Ist der Privatbeamte der eine besser dotierte Stelle in einem anderen Wahlort weniger wertvoll als der sonstige Mensch, der auf einem untergeordneten Posten festgehört, hindern kann, so ist untergeordneten Stellen Tätigkeit auszuüben? Wird der politische Redakteur dadurch zu einem minderwertigen Staatsbürger, daß er, seiner politischen Überzeugung aber wirtschaftlich

ermüdungen folgend, eine Stelle aufgibt, um eine andere, vielleicht bedeutungsvollere zu übernehmen? Sind die Beamten, die das wirtschaftliche und vorgebliche Dienstverhältnis im Lande hin und her wirft, über die Arbeiter, die dem Besonderen von Industrie, Gewerbe und Handarbeit folgen, ihren Wohlstand ändern, minderwertig? Über kann man im Ernste behaupten, daß alle diese Staatsbürger an den Staatseinrichtungen ein geringeres Interesse haben als andere, die wirtschaftlich mehr an die Schule gewöhnt sind?

Die Wahlrechtsreform ist durch den Entwurf nicht erheblich verbessert, da sie die Gleichheit des Wahlrechtes in keiner Weise gewährleistet. Wir haben bereits in dem Artikel „Wahlrechts- und Proportionalwahlen“ am Freitag darauf hingewiesen, daß durch eine Erhöhung der Abgeordnetenwahl in einigen Kreiswahlkreisen die Gleichheit des Wahlrechtes gefördert wird.

Erhebliche Minderheiten in diesen Wahlkreisen bleiben völlig unberücksichtigt. Wenn in Haupt- oder Stichwahl die Mehrheitspartei oder die Mehrheitsparteien eines solchen Wahlkreises drei Mandate statt zwei erhalten, ist nicht viel gewonnen, solange die großen Minderheiten in jedem Wahlkreise unberücksichtigt bleiben.

Alle diese Punkte bedürfen einer Verbesserung durch den Landtag. Ob dieser Landtag sich allerdings dazu verstehen und eignen wird, solche Verbesserungen vorzunehmen, scheint mir als fraglich. Wir stehen — das läßt sich nicht verkennen — vor schweren Kämpfen um die Reform im Inneren, bei denen die Gegner, die sich in der Macht bedroht fühlen, alles tun werden, sich der Forderungen der Zeit zu widersetzen. Aber selbst, wenn in dem Ringen nicht alles durchgeleitet werden kann, was

In der allgemeinen Begründung des Wahlrechts

heißt es: Der Krieg, der auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens unseres Volkes seine tiegreifenden Wirkungen äußert, führt auch dazu, die Grundlagen der staatlichen Verfassung Preußens eingreifend zu verändern. Der Krieg fordert von dem preussischen Volke die höchsten Opfer für die Allgemeinheit und ist zum Glück eine für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Staatsbewußtseins geworden. Er hat es opernwilling und staatsreu gefunden; das Maß der staatsbürgerlichen Anteilnahme des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher

vom Standpunkte gesteigerten Vertrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden. Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatsreue Haltung kann es sich dabei handeln; es handelt sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat. Das ist die alleinige ethische Begründung für den Schritt, der mit der Einführung des gleichen Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten erfolgt.

Diesen Schritt hat die Reichsversammlung des Kaisers und Königs zum Osterfeste und die ergänzende Volkskraft am 11. Juli d. J. getan. Spricht die ersiere aus, daß noch den Lehungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das staatsbürgerliche in Preußen kein Raum mehr sei und daß der vorzuliegende Gesetzentwurf „unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzuziehen“ habe, so bestimmt der zweite Erlass, daß der Gesetzentwurf für die Wahl zum Hause der Abgeordneten „auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen“ sei.

Mit diesen grundlegenden Erlassen zieht die preussische Krone die große innerpolitische Folgerung dieses Weltkrieges. Wie auch sonst bei großen Reformhandlungen, die die einzelnen Personen der preussischen Staatsorgane kennzeichnen, so hat auch in dieser bedeutsamen Frage die Krone die Führung übernommen. Die Zeit nach dem Kriege wird der preussische Staat vor Aufgaben stellen, deren Schwerkraft alles bisher bekannte Maß übersteigt, vor Aufgaben, die an die Opferwilligkeit, an die Organisationskraft, an das logische Empfinden, an die Arbeitsfreudigkeit des Volkes das höchste und völlig neue Anforderungen stellen werden. Ist das Volk durch den Weltkrieg, der seine Kräfte aufs höchste angespannt und unterfordertes von jedem einzelnen Staatsbürger, die gleichen Lehungen, die gleichen schweren Opfer für Bestand und Zukunft des Vaterlandes gefordert hat, über das bestehende staatsbürgerliche hinausgewachsen, so wird diesem reif gewordenen Volke die Mitwirkung an der Fülle jener Staatsaufgaben auf dem Boden staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit ohne Bedenken anvertraut werden können. Das unumschränkte Vertrauen in das Volk, auf dem die Einführung des gleichen Wahlrechts beruht, wird der Lösung jener neuartigen Aufgaben zugute

kommen. Es wird getragen sein von dem allgemeinen Vertrauen und Verständnis des Volkes, dessen sie unbedingt bedarf. So führt der Krieg das Interesse der Bevölkerung an einer durchgehenden gleichen Verteilung der politischen Rechte und das Interesse des Staates an der wahrhaft vollstündigen Beteiligung größer und schwerer künftiger Friedensaufgaben auf dem Boden des vorliegenden Wahlgesetzes zusammen.

Der hohe Wert der Leistungen des auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhenden Abgeordnetenhauses auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Verwaltungskontrolle soll in keiner Weise verkannt werden. Die Staatsregierung erachtet es gerade in dem Augenblicke, in dem sie die Vorlage einbringt, für ihre Pflicht, festzustellen, daß das Abgeordnetenhaus in den letzten Jahrzehnten seines Bestehens dem Staate in den wichtigsten und wohlgegründeten Fällen seine Arbeit an dem hohen Entwicklungszustande des preussischen Staates nicht unrichtigem Anteil beibringen darf. Aber es wäre unbillig, aus diesem Beurteilte die Notwendigkeit zu folgern, daß an der Grundlage, auf der bisher das Abgeordnetenhaus ruhte, nicht gerüttelt werden darf. Es ist wahr: Das Preußen hat seine kleine Landtage in mehr als einem halben Jahrhundert in Gesetzgebung und Verwaltung geleistet hat sich an der Widerstandsfähigkeit dem Staates gegenüber dem Anstrome einer Welt von Feinden bewährt. Aber der Krieg hat die Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit des Volkes in einem Maße in die Erscheinung gerufen und gehoben, daß eine Beteiligung an den Staatsgeschäften nicht an den Leistungen der bisherigen Volksvertretung, sondern an seiner Fähigkeit zu erweiterter Mitarbeit gemessen werden muß. Und gerade dieser Maßstab führt zu der Einräumung des unmittelbaren gesetzlichen und gesetzmäßigen Wahlrechts und damit zu einer grundlegenden Veränderung der Volksvertretung.

Die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts steht fest, indem die Regierung und die Mehrzahl der Parteien erkannt und bekräftigt haben, daß das bestehende Wahlverfahren der Entwicklung des politischen Lebens und des öffentlichen Geistes nicht mehr entspricht und daß die

Steuerleistung kein zureichendes Maßstab mehr sein kann für die Bemessung politischer Rechte in einem derzeitig geistig durchgebildeten, wirtschaftlich organisierten, sozial bewußten und politisch gesulten Volke, wie es das Preußen ist. Es war darum seit geraumer Zeit nicht die Notwendigkeit der Wahlreform fruchtig, sondern nur ihr Inhalt und Maß.

Der an sich nicht unbedeutende Grund, daß die politischen Rechte im Staat nach den Leistungen für den Staat bemessen werden sollen, ist oftmals für die Widerständigkeit des Dreiklassenwahlrechts geltend gemacht worden, wiewohl seit der Einführung dieses Wahlrechts je länger je weniger ausschließlich und einseitig die Zahlung der direkten Steuern zum Maßstabe der öffentlichen Leistungen überhaupt genommen werden konnte. Im gegenwärtigen Zeitpunkt führt gerade die Anwesenheit jenes Grundgesetzes mit Notwendigkeit zur Einführung des gleichen Wahlrechts. Die Jahre dieses Krieges haben von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, die nicht nur quantitativ, sondern qualitativ jeder Beschäftigung der Wählung, der unterschiedlichen Bewertung zuzulegen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme getroffen, der Lebenshaltung eines jeden ist fühlbare Opfer und Entbehrungen

Zu § 25 wird bemerkt, das neue Gesetz ist das in Artikel 72 Abs. 2 und 315 der Verfassungsurkunde vorgesehene endgültige Gesetz. 815 der Verfassungsurkunde tritt mithin außer Kraft, während die Artikel 69, 70, 71, 72, 74 Abs. 1 der Verfassungsurkunde durch das Gesetz materiell in wesentlichen Punkten geändert und formell im ganzen erlosch. Die Fiktion des § 25, daß die vorliegenden Verordnungen des Entwurfs in die Stelle der aufgehobenen Verfassungsartikel treten, führt dem neuen Gesetze den besonderen Schutz der verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Die Begründung der Herrenhaus-Reform.

In der allgemeinen Begründung heißt es: „Seit mehr als sechs Jahrzehnten hat das Herrenhaus in seiner ursprünglichen Zusammensetzung bestanden und die ihm verfassungsmäßig übertragenen Aufgaben mit voller Folge zum Wohle unseres Staates und unseres Volkes erfüllt. In schwereren und ersten Zeiten hat es in Lovet Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten dazu beigetragen, daß der preussische Staat mit der Einigung Deutschlands seine geschichtliche Sendung erfüllen konnte. Die dankbare Anerkennung der Verdienste, welche das Herrenhaus sich in der Vergangenheit erworben hat, darf aber die Prüfung der Frage nicht ausschließen, ob seine ursprüngliche Zusammensetzung auch für die weitere Zukunft unter den gewaltig veränderten Verhältnissen die zweckentsprechende und richtige ist. Staatsverfassungen müssen sich um die Gemeinschaft zwischen Staat und Volk zu erheben und um den Bedürfnissen des Volkslebens dauernd entsprechen zu können, der öffentlichen Entwicklung auf geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet anpassen, und zu den geschäftlichen Aufgaben der Staatsregierung geben es, wenn die verfassungsmäßigen Einrichtungen mit dem Geiste und dem Bedürfnisse der Zeit nicht mehr in vollen Einklang stehen, die nötigen Reformen rechtzeitig in die Wege zu leiten. Was von jeder ein wesentlicher Grund für die Größe und den weltgeschichtlichen Aufstieg des preussischen Staates gewesen ist, und daß es es verstanden hat, seine Gesetzgebung und Verwaltung gemäß den Anforderungen der Zeit einschließen auszugestalten, so werden die Stärke und Reife des Staates im Erkenntnis und in der in dem Maße, in dem die Lebensverhältnisse sich ändern, auch in dieser Epoche des Weltkrieges tätig erneuert und den Forderungen der neuen Lebensverhältnisse und der neuen Lebensverhältnisse unseres Volkes auch bezüglich einer Veränderung der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen müssen. Im Wechsel der Zeiten blieb

das Herrenhaus nicht mehr das, was es sein sollte: ein Spiegelbild derjenigen Faktoren, auf denen Entwicklung und Bedeutung des Landes beruht.

Schon mit der 1887 erfolgten Ausdehnung des Staatsgebietes waren Veränderungen verbunden, denen in der Zusammensetzung des Herrenhauses nicht voll Rechnung getragen wurde. Vor allem aber kommt in Betracht, daß neben den in dem Reich, in dem mit der fortschreitenden Entwicklung ein in dem Maße, in dem die Lebensverhältnisse sich ändern, auch in dieser Epoche des Weltkrieges tätig erneuert und den Forderungen der neuen Lebensverhältnisse und der neuen Lebensverhältnisse unseres Volkes auch bezüglich einer Veränderung der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen müssen. Im Wechsel der Zeiten blieb

das Herrenhaus nicht mehr das, was es sein sollte: ein Spiegelbild derjenigen Faktoren, auf denen Entwicklung und Bedeutung des Landes beruht. Schon mit der 1887 erfolgten Ausdehnung des Staatsgebietes waren Veränderungen verbunden, denen in der Zusammensetzung des Herrenhauses nicht voll Rechnung getragen wurde. Vor allem aber kommt in Betracht, daß neben den in dem Reich, in dem mit der fortschreitenden Entwicklung ein in dem Maße, in dem die Lebensverhältnisse sich ändern, auch in dieser Epoche des Weltkrieges tätig erneuert und den Forderungen der neuen Lebensverhältnisse und der neuen Lebensverhältnisse unseres Volkes auch bezüglich einer Veränderung der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen müssen. Im Wechsel der Zeiten blieb

das Herrenhaus nicht mehr das, was es sein sollte: ein Spiegelbild derjenigen Faktoren, auf denen Entwicklung und Bedeutung des Landes beruht. Schon mit der 1887 erfolgten Ausdehnung des Staatsgebietes waren Veränderungen verbunden, denen in der Zusammensetzung des Herrenhauses nicht voll Rechnung getragen wurde. Vor allem aber kommt in Betracht, daß neben den in dem Reich, in dem mit der fortschreitenden Entwicklung ein in dem Maße, in dem die Lebensverhältnisse sich ändern, auch in dieser Epoche des Weltkrieges tätig erneuert und den Forderungen der neuen Lebensverhältnisse und der neuen Lebensverhältnisse unseres Volkes auch bezüglich einer Veränderung der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen müssen. Im Wechsel der Zeiten blieb

das Herrenhaus nicht mehr das, was es sein sollte: ein Spiegelbild derjenigen Faktoren, auf denen Entwicklung und Bedeutung des Landes beruht. Schon mit der 1887 erfolgten Ausdehnung des Staatsgebietes waren Veränderungen verbunden, denen in der Zusammensetzung des Herrenhauses nicht voll Rechnung getragen wurde. Vor allem aber kommt in Betracht, daß neben den in dem Reich, in dem mit der fortschreitenden Entwicklung ein in dem Maße, in dem die Lebensverhältnisse sich ändern, auch in dieser Epoche des Weltkrieges tätig erneuert und den Forderungen der neuen Lebensverhältnisse und der neuen Lebensverhältnisse unseres Volkes auch bezüglich einer Veränderung der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen müssen. Im Wechsel der Zeiten blieb

das Herrenhaus nicht mehr das, was es sein sollte: ein Spiegelbild derjenigen Faktoren, auf denen Entwicklung und Bedeutung des Landes beruht. Schon mit der 1887 erfolgten Ausdehnung des Staatsgebietes waren Veränderungen verbunden, denen in der Zusammensetzung des Herrenhauses nicht voll Rechnung getragen wurde. Vor allem aber kommt in Betracht, daß neben den in dem Reich, in dem mit der fortschreitenden Entwicklung ein in dem Maße, in dem die Lebensverhältnisse sich ändern, auch in dieser Epoche des Weltkrieges tätig erneuert und den Forderungen der neuen Lebensverhältnisse und der neuen Lebensverhältnisse unseres Volkes auch bezüglich einer Veränderung der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen müssen. Im Wechsel der Zeiten blieb

das Herrenhaus nicht mehr das, was es sein sollte: ein Spiegelbild derjenigen Faktoren, auf denen Entwicklung und Bedeutung des Landes beruht. Schon mit der 1887 erfolgten Ausdehnung des Staatsgebietes waren Veränderungen verbunden, denen in der Zusammensetzung des Herrenhauses nicht voll Rechnung getragen wurde. Vor allem aber kommt in Betracht, daß neben den in dem Reich, in dem mit der fortschreitenden Entwicklung ein in dem Maße, in dem die Lebensverhältnisse sich ändern, auch in dieser Epoche des Weltkrieges tätig erneuert und den Forderungen der neuen Lebensverhältnisse und der neuen Lebensverhältnisse unseres Volkes auch bezüglich einer Veränderung der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen müssen. Im Wechsel der Zeiten blieb

die Vertreter der vier großen Landesämter im Königreich Preußen sowie die Domstifter liegen ähnliche geistige Gründe für die Aufnahme einer Vertretung auch im neuen Herrenhaufe nicht vor.

Dagegen erscheint es gerechtfertigt und angezeigt, wie bisher so auch in Zukunft

den bedeutendsten preussischen Städten eine besondere Vertretung

zuteil werden zu lassen. Die bisherige Art und Weise der Vertretung im Herrenhaufe in der Form der dauernden Vertretung des Präsentationsrechts an einzelne bestimmte Städte hat unvertennbar Mängel; wände Städte, die sich im Laufe der Zeit einer gewissen Entwicklung zu erfreuen gehabt haben, die sich in der Zahl der großen und Großstädte vergrößert hat, entbehren dieses Rechts gegenüber erheblich kleineren, die auf einer früheren Stufe der Entwicklung stehen geblieben sind. Das Ziel, die größten Städte stets durch ihre tüchtigsten Oberhäupter im Herrenhaufe vertreten zu sehen, wird besser erreicht werden, wenn die Vertreter der bedeutendsten Städte eigenhändig in ihre Vertretung im Herrenhaufe selbst aus ihrer Mitte präferieren. Als bedeutende Städte sollen nach den Vorschlägen des Entwurfs einmal diejenigen gelten, welche bisher mit dem Präsentationsrechte ausgestattet waren — insofern wird der geschichtlichen Entwicklung Rechnung getragen —, und weiterhin alle Städte, die eine Mindestzahl von Einwohnern erreichen — insofern wird jedem heranwachsenden Gemeinwesen die Möglichkeit eröffnet, als solche in die Vertretung im Herrenhaufe einbezogen zu werden —, welche die Zahl von 5000 Einwohnern überschreiten. Präsentationsberechtigt sollen die Oberhäupter dieser Städte sein, auf die allein auf der anderen Seite die Präsentationswahl fallen kann.

Daneben bedarf es, worauf schon hingewiesen wurde, einer besonderen

Vertretung der Selbstverwaltung in Stadt und Land. Deren traufvolle Entfaltung ist mit Recht stets als ein besonderer Stolz des preussischen Staates angesehen worden. Darum ist die Auswahl derjenigen Persönlichkeiten, welche die Selbstverwaltung im Herrenhaufe vertreten sollen, von besonderer Bedeutung; sie soll den Voraussetzungen als den Trägern unserer großen Selbstverwaltungsbezirke übertragen werden.

Die Zusammenlegung. Wenn von den Prinzipen des Hohenzollernschen Hauses abgesehen wird, bei denen es nicht feststeht, in welcher Anzahl die dem Herrenhaufe angehören werden, soll dieses sich nach den Vorschlägen des Entwurfs wie folgt zusammensetzen:

A. Auf Präsentation sollen dem Herrenhaufe angehören:	
1. auf Lebenszeit	Zahl der Mitglieder
a) Vertreter der ehemals Reichsunmittelbaren	10
b) Vertreter der Fürsten, Grafen und Herren	24
c) Vertreter der sonstigen bisher erblich berechtigten Mitglieder und der bevorrechtigten Geschlechter	26
2. auf die Dauer des Amtes oder des Besizes oder der leiblichen Stellung	
a) Bürgermeister	36
b) Vertreter des allm. Großgrundbesitzes	36
c) Vertreter großer Unternehmungen von Handel und Industrie	36
3. auf zwölf Jahre	
a) Vertreter der Selbstverwaltung (Stadt 36, Land 36, Berlin 3, Hohenzollern 1)	76
b) Vertreter der großen Berufsstände (Landwirtschaft 36, Handel und Industrie 36, Handwerk 12)	84
c) Vertreter von Wissenschaft und Kunst (Hochschulen 16, Kirche 16)	32
B. Ohne Präsentation sollen dem Herrenhaufe auf Lebenszeit folgen besondere förmlichen Vertrauens angehören höchstens	150

Höchste Gesamtmitgliedszahl 510

Die Aenderung der Verfassungsurkunde.

In der

Bestimmung Die Veränderungen, die in der Zusammenlegung und damit in dem Charakter der beiden Häuser des Landtages durch die gleichzeitige mit dieser Vorlage eingebrachten Gesetzentwürfe betreffend die Wahlen zum Haupte der Abgeordneten und die Zusammenlegung des Herrenhauses eintreten werden, lassen es angezeigt erscheinen, die derzeitige Verfassungsurkunde in Bezug auf die Zusammenlegung über den Staatshaushaltplan in einzelnen Bestimmungen anders abzugeben oder, soweit dies bisher noch nicht ausdrücklich geschehen war, verfassungsrechtlich festzusetzen.

Zu Nr. 1 des Artikels des Gesetzesentwurfs: Nach Artikel 62 der Verfassung darf der Staatshaushaltplan, der zuerst der zweiten Kammer vorgelegt werden muß, von der ersten Kammer nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Ueber die Ausgabenposten im einzelnen entscheidet also allein die zweite Kammer. Dieses Vorgehen, das auf der Erwägung beruht, daß es einerseits praktisch unmöglich ist, die Beratung des Haushaltsplans in beiden Kammern im einzelnen vorzunehmen, und daß andererseits der zweiten Kammer als einer Wahlkörper der überwiegende Einfluß auf die Gestaltung der finanziellen Verhältnisse des Staates gebührt, wird zwar dem Abgeordnetenhaufe ungenügend verbleiben müssen. Jedoch läßt sich nicht verkennen, daß die gegenwärtige Regelung nach dieser Richtung zu weit geht, indem der ersten Kammer unter anderem in allen Fällen, wo auch die geringste Einwirkung auf die Gestaltung der einzelnen Ausgabenposten verschlossen bleibt.

Es entspricht dies weder der Stellung und den Interessen der ersten Kammer,

deren Betätigungsbereich unter diesem unbefriedigenden Zustande leiden muß, noch dem Interesse der Allgemeinheit an einer fruchtbringenden Mitarbeit des Herrenhauses, zumal wenn dieses in seiner künftigen Zusammenlegung in weitem Umfange Mitglieder enthält, die kraft ihrer beruflichen Erfahrungen und ihrer Stellung mit im öffentlichen Leben besonders geeignete Bedürfnisse und wertvollste Beiträge zu dem Staate beisteuern können. Die Auffassung der von ihnen vertretenen Kreise der Bevölkerung auch der einzelnen unvertretenen Kreise des Staatshaushaltplans zur Geltung zu bringen. Diesem Bedürfnisse kann unbeschadet des angeführten Vor-

denen die Bestimmungen gegenüber den Voten und Beschlüssen gerade auf wirtschaftlichem Gebiete zurücktreten. Staat und Reich haben zur Kriegszeit reichlich die Kraft und den Willen jedes einzelnen für die öffentlichen, die nationalökonomischen Zwecke ohne Unterschied und ohne jede Rücksicht auf politische und wirtschaftliche Verhältnisse in Anspruch nehmen müssen. Der wirtschaftliche Charakter der Kriegszeit ist die Grundlage der Wirtschaft, der unterschiedlichen Bewertung zuzulegen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme getroffen, der Lebenshaltung eines jeden ist fühlbare Opfer und Entbehrungen

Das dem Vaterlande geflossene Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat vom Bürger fordert, ist größten, unmeßbaren Wertes. Die preussischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre verstanden, haben Zeugnis davon abgelegt, daß die dem Staate geschuldeten

Dopfer aller Bürger eines gleichen Wertes

sind, daß der Staat auf dem Unterschiede öffentlicher Rechte und wirtschaftlicher Abteilungen der politischen Gesetze nicht mehr gründen kann. Der gute preussische Grund, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staate das Maß setzen soll, tritt heute dem gleichen Wahlrechte zur Seite.

Im einzelnen

wird zur Begründung u. a. noch bemerkt: Während bisher das Wahlrecht in dem Maße, in dem die Lebensverhältnisse sich ändern, auch in dieser Epoche des Weltkrieges tätig erneuert und den Forderungen der neuen Lebensverhältnisse und der neuen Lebensverhältnisse unseres Volkes auch bezüglich einer Veränderung der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften Rechnung tragen müssen. Im Wechsel der Zeiten blieb

rechts des Abgeordnetenkaufes durch Rechnung getragen werden, daß dem Herrenhause weitläufiger für gewisse Fälle, in denen die Beschließung des Abgeordnetenkaufes das Herrenhaus in eine besondere Lage bringen würde, die Möglichkeit gegeben wird, indem es dem dem Abgeordnetenkauf gefälligen oder verfallenen Ausgabenposten zur nochmaligen Prüfung an das andere Haus zurückverweist, eine Zwischenhandlung zwischen beiden Häusern herbeizuführen, die zwar auch jetzt nicht unterliegt, ist hierdurch aber für die besonders bezeichneten Fälle verfallungsgemäß festgelegt sein würde. Der Gesetzentwurf sieht dieses Verfahren vor, wenn durch den Beschluß des Abgeordnetenkaufes in einem bereits im Staate bestehenden Zustand eingegriffen wird.

Zu Nr. 2:
Der neue Absatz 4 gibt nur in Treuen, wie allgemein, bestehendes ungeschriebenes Recht wieder. Da eine Änderung des Artikels 62 der Verfassung ohne Erfolg folgt, empfiehlt es sich, gleichzeitig nach dem Vorgange der Verfassung von Elsaß-Lothringen vom 31. Mai 1911 eine ausdrückliche Vorschrift über die Unzulässigkeit einseitiger, dem Willen der Staatsregierung widersprechender Erhöhungen oder Neueinsetzungen von Ausgabenposten im Staatshaushaltspläne aufzunehmen, wodurch zugleich das Herrenhaus die verfallungsgemäße Gewähr dafür erhält, daß es nicht der Gefahr ausgesetzt wird, zu solchen einseitigen im Abgeordnetenkaufe vorgenommenen Veränderungen auf seine andere Weise als durch Gesamtannahme oder Gesamtabwehlung des Staatshaushaltsplans Stellung nehmen zu können.

Zu Nr. 3:
Schon bisher ist es vielfach nicht möglich gewesen, das Staatshaushaltsgesetz rechtzeitig bis zum Beginn des neuen Rechnungsjahres fertigzustellen.

In welchem Umfange die Staatsregierung dann ermächtigt ist, Ausgaben zu leisten, ist in der Verfassung nicht bestimmt. In Ermangelung einer solchen Ermächtigung müßte der Staatsbetrieb in wichtigen Teilen leiden, da, wenn auch die Volkserziehung sich der Bewilligung der Ausgaben, die auf geistlicher oder pädagogischer Veranlassung beruhen, nicht entziehen kann, doch rein formal betrachtet, Zahlungen bis zu dieser Bewilligung nur geleistet werden können, soweit die Empfänger inländische sind, auf Grund von staatlichen Verpflichtungen die Zahlung im Rechtswege zu erzwingen. Dieser Zustand ist gegenüber den vielfachen Anforderungen, die das Staatsleben auf allen seinen weiterentwickelten Gebieten stellt, unerträglich. Der Vorschlag bewirkt einerseits, ein wirtschaftlich und finanziell gleichmäßig lebendiges Stoden der Staatsregierung zu verhüten, andererseits aber die Ermächtigung zur Fortnahme von Ausgaben nicht weiter auszubehnen, als dem mutmaßlichen Willen des Landtags entspricht.

Das russische Chaos.

Der Oberkommandierende verhaftet.

Kopenhagen, 24. Nov. Der ausländische Pressereporter der Bolschewiki an der schwedischen Grenze erhielt ein amtliches Telegramm aus Petersburg vom 23. November, wonach sich auf der Seite der Bolschewiki stehen: Die Generalarmee und Flotte sowie der ganze nördliche, westliche und südwestliche Teil des Reiches mit den Städten Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew und Odessa sowie das ganze Uralgebiet und Sibirien. Von den Fronten kommen Hunderte von Abgeordneten, die die Willkür der bolschewistischen Partei mit der neuen Regierung überbringen. Die Besetzung der Fronten ist ernst, jedoch ist es bisher mit großen Anstrengungen gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden; es ist nur noch schwerer, Brot zu beschaffen. Die niederen Eisenbahnbeamten stehen auf der Seite der Bolschewiki, die Sabotage der höheren Beamten ist daher von geringerer Wirkung. Der Oberkommandierende, General Dukonin, ist verhaftet worden.

Die Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung haben bei der Flotte stattgefunden und beim Heere begonnen. In den Städten finden die Wahlen am 12. November statt. Die bürgerlichen Parteien wollen sich nicht unterwerfen, sondern verbleiben überall Sabotage, wo dies möglich ist, und legen ihre Meinung auf Kaschibin. Das Aussehen telegraphischer Nachrichten aus Petersburg im Auslande ist auf Sabotage der Telegraphenbeamten zurückzuführen, diese hofft man jedoch noch zu überwinden.

Die russischen Frontheere sollen Friedensverhandlungen einleiten.

Kopenhagen, 24. Nov. Der ausländische Pressereporter der Bolschewiki an der schwedischen Grenze erhielt ein amtliches Telegramm aus Petersburg, nach welchem der Oberkommandierende General Dukonin deshalb verhaftet worden ist, weil er sich geweigert hatte, den Vorstoß des Waffenstillstandes der ganzen Front zu übermitteln. Die Regierung wies die verhafteten Frontheere an, selbst auf der ganzen Front die Friedensverhandlungen einzuleiten.

Kopenhagen, 24. Nov. Telegramme aus Syonanda berichten: Ein französischer Geflügelhändler hat den Hauptstadtsrat entzweit, indem er behauptete, daß die Soldaten an der Front in zwei Gruppen geteilt seien: in Romanisten und Deutschen. Die ersten haben beschlossen, die Front noch in diesem Monat zu verlassen, die anderen wollen zu Weihnachten von der Front in die Heimat zurückkehren.

Trozkis Hoffnung auf baldiges Kriegsende.

Die Gesetzentwürfe.

Rotterdam, 24. November. Nach dem Nieuwen Rotterdam Courant wird der „Daily News“ aus Petersburg vom Donnerstag gemeldet: Gelesen hat Trozki eine Rede

über die auswärtige Politik der Bolschewiki gehalten. Er sagte, die Militärs hätten das Manifest der Bolschewiki unzulässig aufgenommen und die Feinde betrachteten die Umwälzung lediglich als einen Einbruch, daß sie Rußland schwächen würde. Er glaube trotzdem, daß der Krieg bald aus sein werde.

Es wird ein Gebühre mit allen Geheimverträgen, die die Bolschewiki finden konnten, vorbereitet. Es ist möglich, daß die Bauern mit den Armeesoldaten neben der Regierung der Bolschewiki eine eigene Regierung unter Trozki now errichten werden.

Der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet vom Donnerstag, daß die nichtmaximalistische Presse die Forderung von Verins und Trozki nach einem Waffenstillstand als einen Einbruch des Londoner Vertrags und einen Betrug Rußlands betrachte.

Russisch-japanischer Geheimvertrag.

T. U. Wien, 25. Nov. Wie die russische Kriegsgefangenenzeitung „Wobleski“ mittels, wurde unter den diplomatischen Kreisläufen in Petersburg ein zwischen der früheren Regierung und Japan geschlossener Geheimvertrag gefunden, nach dem sich Japan verpflichtet, im Falle eines Sonderfriedens nicht gegen Rußland vorzugehen.

Italien.

Der Entschlüssenkampf um Venedig.

T. U. Wien, 25. Nov. Das „Reit Journal“ berichtet aus Rom: Die Entschlüssenfrage um Venedig wird nicht nur zu Lande, sondern auch zur See ausgefochten werden. Ohne den operativen Vorbereitungen vorzugehen, kann gesagt werden, daß England und Frankreich auch ihre Seestreitkräfte bereitwillig in den Dienst des gerillten Italiens gestellt hätten.

Italien ruft dringend nach Ententschlüssen.

Wien, 25. Nov. „Konkard de Genève“ meldet aus Mailand: „Corriere della Sera“ beruft sich auf die Erklärungen Lord Georges bei Ausbruch der Krise, daß man Italien sofort Hilfe leisten müsse. Die Herosität des Mailänder Matles über das paletweise Entsetzen der alliierten Truppen geht deutlich aus der kategorischen Erklärung hervor, daß man für die italienische Front nicht die gleichen Methoden wie für die ganze Westfront anwenden dürfe. Unverzügliche Hilfe in dem meist bedrohten Frontabschnitt könnte unnehezbar, da italienischen Truppen „prächtige Beweise ihres wiedererhaltenen Kampfes“ abgelegt hätten, die Befehle wieder auf machen, die, falls sie sich erweiter sollte, die ganze Linie gefährden und später noch viel größere Verstärkungen nötig machen würde. Es sei im gemeinamen Interesse aller Alliierten, neue Erfolge unmöglich zu machen, die, auch falls sie militärisch nicht sehr bedeutend wären, schwerwiegende moralische Bedeutung hätten.

Spanien vor wichtigen Entschlüssen.

Köln, 25. Nov. Der Madrider Korrespondent der „Köln. Ztg.“ berichtet aus einer Londoner Depesche, ist bekannt geworden, daß England und Spanien kaum bedingt, für den Versuch die ganze marokkanische Küste zu erobern und alle Küstenschiffe zu beschaffen. Gegenüber den amerikanischen Abseugnungen, Landungen auf den Äyren vorzunehmen, weisen die spanischen Mäler auf die ungeschwundene Transportfrage hin, die bei den Äyren liegen und nach Hispan weitergehen sollen, was unangenehm berühre. „Nation“ fordert die sofortige Mobilisierung, falls die Amerikaner in Portugal landen sollten. „Corriere Espagnol“ behandelt eingehend die Bündnisfrage. Spaniens Zukunft liegt in Marokko, die Gibraltar und Portugal. Hier sei der englisch-amerikanische Verbündnis überläßt ein Gegner, weshalb Spaniens Aufmerksamkeit auf die Mittelmächte gefolgt sei.

Deutsches Reich.

Die Schweinepreise.

Wichtignahme der Schweine.

Berlin, 24. November. Das Kriegsernährungsamt hat die Landeszentralbehörden ersucht, die kleinstmögliche Abnahme der nicht zur Hauszucht und zur Fortführung der Zucht nachweislich benötigten Schweine zu bewirken, indem Abnahmekommissionen überall die vorhandenen Tiere feststellen und abnehmen oder enteignen, damit die nach Aufhebung des Weidenganges und der Grünfütterung im Verhältnis immer noch zu hohen Beständen der vorhandenen zulässigen Futtermittel angepaßt und beschlagnahmte Erzeugnisse, wie Brotgetreide ebenso wie die Karzellei zur Sicherstellung der Ernährung des Menschen vor verbesserter Verfüterung geschützt werden. Diese nach dem Stande der verfügbaren Vorräte dringend gebotene Maßnahme greift infolge seines Wirtschaftens tief ein, als die Abnahme in der Hauptstadt vor Erzielung der erst gewinnbringenden Schladtreife der Tiere erfolgt. Sie erfordert deshalb aus Ausnahmen hinsichtlich der Preisberechnung, um ohne unbillige Benachteiligung des Tierhalters durchführbar zu sein. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat deshalb angeordnet, daß die Ausnahme der Verordnung vom 15. September 1917, wonach für alle abgenommenen Schweine als Einheitspreis für 50 Kg. der Preis der Ostallee der Verordnung vom 15. April 1917 (also der 100 Kg.-Schweine) gilt, noch bis 15. Januar 1918 weitergilt. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen die in Ferner abgenommenen Schweine für je jedes abgenommene Schwein bezahlt werden, die für Tiere von 15 bis 30 Kg. 18 Mark betragen und können bei je 15 Kg. höherem Gewicht sich je um 4 Mark erhöhen. Nur für Schweine, die schwerer als 75 Kg.

leben d gewicht sind, dürfen solche Zuschläge nicht abgezogen werden, weil für diese Bereich der Einheitspreis eine genügende Entschädigung bietet. Es muß erwartet werden, daß nimmere die Herabnahme aller nicht für die Hauszucht und die Erhaltung der Zucht bestimmten Schweine in der bezeichneten Zeit ohne wirtschaftliche Schäden, nützlich aber umfangreiche erfolgt. Eine Verlängerung der bezeichneten Ausnahmen über den 15. Januar 1918 hinaus ist nicht beschlossene.

Die kartensfreie Abgabe der Spanierel bis zu 30 Pfund Lebensmittel kann von den Landeszentralbehörden aus denselben Gründen, die für die Ausnahmepreise maßgebend sind, ebenfalls nur bis längstens zum 15. Januar 1918 fortgesetzt werden. Die für zum Schlachten bestimmte Ferkel von den Viehhändlungsverbänden festgelegten Höchstpreise, die jetzt bis zu 160 Mark für ein Pfund betragen, sollen am 15. Januar 1918 auf höchstens 110 Mark ermäßigt werden.

Die abgenommenen Schweine werden hauptsächlich für den Heresbedarf benötigt, während nicht gerechnet werden kann. Die Kommunalverwaltung und unter Umständen auch die Monopole, durch eine Erhöhung der Warenumschlagverhältnisse überflüssig zu machen. Insbesondere bei daran gedacht worden, die Höhe 1 vom Tausend auf 1 vom Hundert zu erhöhen, so daß die Umsatzsteuer künftig fünf Milliarden Mark jährliche Erträge zu bringen vermöge.

Steuerphantasien.

Die neuen Steuerprojekte Schwirren, was angeht die wachsenden Schuldenlast des Reiches und des künftigen Bedarfs kein Wunder ist, in der Luft herum. Ein Projekt schlägt das andere. Neuerdings ist behauptet worden: Im Reichschatzamt hätte man sich bei den Besprechungen mit Vertretern des Ermerbslehens dahin ausgeprochen, alle anderen Steuern, und unter Umständen auch die Monopole, durch eine Erhöhung der Warenumschlagverhältnisse überflüssig zu machen. Insbesondere bei daran gedacht worden, die Höhe 1 vom Tausend auf 1 vom Hundert zu erhöhen, so daß die Umsatzsteuer künftig fünf Milliarden Mark jährliche Erträge zu bringen vermöge.

Wir haben schon früher dargelegt, daß und weshalb die Warenumschlagsteuer, und gar die schon früher vorgeschlagene Erhöhung auf 1 vom Hundert für verhängnisvoll halten. Eine solche Erhöhung müßte die Abgrenzung für den Mittelstand und einen Teil der Arbeiterklasse schon zumißlichen Preisen noch weiter in die Höhe treiben, so daß die Erträge vieler Familien in Frage gestellt würde. Wir müßten jedoch feststellen, daß jetzt irgend welche bestimmten Entschlüssen nicht gemacht worden sind. Im Reichschatzamt werden unterschiedliche Projekte ausgearbeitet, und darunter wird sich auch eine Erhöhung der Warenumschlagsteuer befinden. Aber etwas Endgültiges ist bisher noch nicht festgelegt worden und kann auch einflusslos gar nicht festgelegt werden. Hoffende, daß man den ganzen künftigen Finanzbedarf allein durch eine Warenumschlagsteuer zu decken versuchen sollte, darf als völlig ausgeschlossen gelten.

Landtag Rötger als Landtagspräsident in Ostfriesland-Mittelfeld.

Beilich, 26. November. In einer hier stattgefundenen Versammlung über den Wahlkreis Ostfriesland-Mittelfeld ist der vom Hauptvorstand der konservativen Partei in Vorschlag gebrachte Landtag, A. D. R. a. r. ausgeführt worden. Landtag Rötger ist bekanntlich Vorsitzender des Zentralverbandes der Deutschen Industriellen in Berlin.

Wettertafel.

Wettertafel.			
24. November 1917. Heute traf der Elbpaßwind ein.			
Station und Uhrzeit.			
Station	Uhrzeit	Temperatur	Wind
Berlin	25. Nov. +2.4	23. Nov. +2.04	-
Berlin	25. Nov. +1.28	23. Nov. +1.30	2
Berlin	25. Nov. +2.46	23. Nov. +2.44	1
Berlin	25. Nov. +1.30	23. Nov. +1.29	2
Berlin	25. Nov. +1.82	24. Nov. +1.78	10
Berlin	25. Nov. +2.32	23. Nov. +2.32	6
Berlin	25. Nov. +0.10	23. Nov. +0.11	18
Berlin	25. Nov. +1.31	23. Nov. +1.51	1
Berlin	25. Nov. +0.35	23. Nov. +0.39	4

Schiffsverkehr auf der Elbe.

Sachsen und Vorpommern-Ältern-Beilich, am 24. Nov. 1917. Heute traf der Elbpaßwind ein.

Hamburger Wetterbericht.

Hamburger Wetterbericht.			
25. November 9 Uhr abends			
Station	Uhrzeit	Temperatur	Wind
Berlin	25. Nov. 74.0	26. Nov. 74.0	0.3
Berlin	25. Nov. 79.0	26. Nov. 78.0	1.0
Berlin	25. Nov. 79.4	26. Nov. 78.3	3

Maximum der Temperatur am 25. Nov.: 11.8 °C
Minimum in der Nacht vom 25. Nov. am 26. Nov.: 0.0 °C
Niederschlag am 25. Nov.: 1 Uhr morgens 4.0 mm.

Hamburger Wetterbericht.			
24. November 9 Uhr abends			
Station	Uhrzeit	Temperatur	Wind
Berlin	24. Nov. 74.3	23. Nov. 74.0	10.2
Berlin	24. Nov. 71.9	23. Nov. 71.0	15.0
Berlin	24. Nov. 74.0	23. Nov. 73.0	5

Maximum der Temperatur am 24. Nov.: 12.7 °C
Minimum in der Nacht vom 24. Nov. am 25. Nov.: 9.9 °C
Niederschlag am 24. Nov.: 7 Uhr morgens 0.1 mm.

Wetterauslassung. Am 27. November: Etwas milder, meist wollos bis trüb, Niederschläge. Am 28. November: Rötger wendend, Niederschläge in Sachsen, vielach als Schneefälle.
Verantwortlich für den ostfriesischen Teil: Siegfried Dard; für den übrigen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Dardel; Eugen Brinmann; Demilitar, Unterhaltungsblatt, Verzeichnis usw.; Dr. Carl Baer; für den Anzeigenteil: Suso Franke. Druck und Verlag von Otto Senbel, Sämtlich in Halle.

Das konzentrierte Licht

Walhalla-Theater
5 Abschieds-Vorstellungen der Operetten-Gesellschaft: Alfred Dedak
Heute zum 1. Mal:
„Die lustige Witwe“
Operette von Lehar.
Hauptbesetzung:
1. Da geh' ich zu Maxin.
2. Das ist der Zauber der Häuslichkeit.
3. Vilja-Lied.
4. Ja, das Studium der Welber ist schwer.
5. Komm in den kleinen Pavillon.
6. Ich bin eine anständige Frau.
Kasse von 10-14, und 4-6 Uhr.

Stadttheater
Dienstag, d. 27. Novbr. 1917
Abd. 7 1/2 Uhr Ende v. 10 Uhr
Perleberg
Lustspiel v. Karl Sternheim.
Mittwoch
Die verkaufte Braut.
Donnerstag
Der Wallenschmid.
Freitag
Komödie der Irrungen.
Sonabend nachm.:
Maria Stuart.
Sonabend abend:
La Serva Padrona
hierauf
Der zerbrochene Krug.
Für Klavier-Reparatur u. Stimmung
aus G. Haeßler (auch n. außer-
halb) empfiehlt sich
Gr. Brauhausstr. 15. D. Kruse.

Alle Promenade 11a
Fernruf 5738.
Erna Morena
in
„Lulu“
Das Schicksal einer
Zirkuskünstlerin.
— 4 Akte —
Vilgo Larsen
in
„Der graue Herr“.
Eine lustige
Detektivgeschichte.

Leipziger Strasse 88
Fernruf 1224.
Der Müller aus Flandern
Filmdrama in drei Akten.
Original-Aufnahmen aus
Flandern, den besetzten
Gebieten und deutschen
Gefangenlagern.
Paul Heidemann
voll überwältigender
Komik in
„Die Liebesfalle“
3 Akte köstlichen Humors.

Pelzwaren
aller Art
n. neu gefertigt u. umgearbeitet.
Kürschnerel, Spiegelstr. 4.
Nur noch 4 Tage!
Leder-Sohlenschoener
(Da Verkauf ab 1. Dez. verboten).
C. Müller Nachf.
Ueberhandlung, Leipziger Str. 66.

Apollo-Theater
Nur noch 5 Tage!
Abends 8 Uhr:
„Am goldenen Horn.“
Original-türkische
Ausstellungsoperette
in 3 Akten. Text und
Musik von Bayler Bey.
Vorverkauf 7 u. 5-6 Uhr.

Thalassale.
Dienstag, den 27. November, abends 8 Uhr:
Tanzabend von
Gertrud Leistikow
mit ihrer Schülerin.
Tänze nach Chopin, Grieg, Verdi, Schubert, Schumann,
Sibelius. Am Bitter-Füßel: Paul Klancr.
(Münch. Neust. Nachr.) Ihre Kunst steht ohne
jeden Vergleich da. Das Publikum überschüttete mit
Beifall seinen Liebling, in dem die schwebende Annali
der Wissenschaft sich mit der Rasigkeit der Russen
schwesterlich verbunden hat.
Karten zu M. 4,10, 3,10, 2,10, 1,05 in der
Hofmusikalienhandlung von F. Reichl Hothan.

Auslandsstudien an der Universität Halle-Wittenberg.
Öffentliche Vorträge der historischen Gruppe
(Zutritt für Jedermann)
im Auditorium maximum des Melanchthonianums,
abends 8 1/4 Uhr.
6. Dezember: Geh. Regierungsrat Professor Dr. Fester: „Die
Wandlungen der belgischen Frage.“
8. Dezember: Professor Dr. v. Ruvillé: „Englische Friedens-
schlüsse.“
12. u. 15. Dez.: Geh. Regierungsrat Professor Dr. v. Stern: „Regie-
rung und Regierte, Politiker und Parteien
im heutigen Russland.“
12. Januar 1918: Professor Dr. Hasencléver: „Die Bedeutung
der Monroedoktrin für die amerikanische
Politik der Gegenwart.“
19. Januar: Professor Dr. Sommerlad: „Die geschicht-
liche Stellung der russischen Ostsee-
provinzen.“
24. Januar: Professor Dr. Hartung: „Oesterreich-Ungarn
als Verfassungsstaat.“

Im Verlag „M. W. Meyer“ (Müller'scher Verlag,
Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Strasse 3, ist
heute erschienen:
**„Aufsicht Kriegsgefangene über
ihre Eindrücke in Deutschland“.**
Preis 75 Pf.
Das Buch enthält Uebersetzungen von Briefen
russischer Kriegsgefangener, welche diese der Schrift-
leitung des „Müller'schen Verlags“ mit der ausdrücklichen
Bitte um Veröffentlichung überreicht haben.
In ihnen schildern die Kriegsgefangenen ihre Ein-
drücke, die sie von Deutschland von seiner Ausdehnung
und von den deutschen Bauern gewonnen haben das
Wesen in den Gefangenlagern und auf Arbeits-
kommandos an.
Der Feindüberlauf ist für die Volkspolizei
für deutsche Kriegsgefangene bestimmt
zu haben in jeder Buchhandlung sowie direkt
vom Verlag.

Wollene Kleider u. Kostüme
Mäntelstoffe — Anzugstoffe — Sammete
finden Sie noch in grosser Auswahl
im Kaufhaus **H. Elkan**, Leipziger Str. 87.

Tanzunterricht
Anfang Dezember begimme ich einen Kursus für
Damen. Einige Teilnehmerinnen können ihm noch bei-
treten. Gefl. baldige Anmeldungen erbitte von 3-4 Uhr.
E. Rocco, Universitäts-Tanzlehrer, Yorckstr. 5.

Gymnastik-Institut G. Stade-A. Gerdau
Fernruf 3614
Ergänzt 12-1 Uhr
Halle Promenade 9a (Raulenberg 4)
Turnkurse f. Damen u. Kinder
Mehrfach
Orthopäde. Turnen für Hüftgelenksverkrümmungen.

Öffentliche Lese- und Verkehrshalle,
Gr. Ulrichstrasse 52, Ecke Schulstr.
Tel. 1103.
Es liegen aus:
die bedeutendsten auswärtigen Tageszeitungen,
sämtliche hiesigen Zeitungen,
die besten Unterhaltungs-Zeitschriften,
eine Anzahl auswärtiger Adressbücher.
Ferner werden Anzeigen-Ruhträge sowie Bestellungen auf die
„Saale-Zeitung“
entgegengenommen. Annahme von Drucksachen-Aufträgen aller Art.
Leihbibliothek ersten Ranges.
Die ständige Bezieher der „Saale-Zeitung“ bezahlen — bei jedesmaliger
Vorzugsleihe des Bezugsheftes — nur die halbe Leihgebühr!
Öffentliche Fernsprechstelle. Amtl. Postwertzeichen-Verkauf.

Wieder eingetroffen
Malz- u. Encaloptusbonbon zu 75 u. 50 Pf.
Böhmerwachs la Qualität
Ferner folgende Artikel mit
10% Rabatt
Waxeline, Watte, Binden aller Art
Mandelkrie, Haaröl u. Brillantine usw.
Schwanen-Drogerie, Gr. Brauhausstr. 9.
(Osgerräume) Verk. 9-12 Uhr vorm., 3-5 nachm.

Damen-Winter-Mäntel
aus guten Stoffen
(auch London) empfiehlt preiswert
H. Schnee Nachfolger,
Halle a. S., Gr. Steinstrasse 84.

Am Mittwoch, den 28. Novbr. 1917,
vormittags 11 Uhr,
findet im Sitzungssaal der Handelskammer — Fremden-
saal 5 — eine Besprechung mit folgender Tagesordnung statt:
1. Berichtigung der Kontenabrechnung der Handelskammer-
mitglieder.
Berichterstatter: Herr Mansfeldt.
2. Entwurf eines Beschlusses zur Wänderung des Handels-
kammerorgans.
Berichterstatter: Der Syndikus.
3. Mitteilungen und Beschlüsse.
Die Handelskammer.
Steckner, Roediger,
Dr. Fahl.

Unterrichts-Anzeigen.

- Buchführung.**
Baers Handelsfachschule,
Geiststr. 41
C. Gieseguth, Zinkgartenstr. 15
Lewins-Lehranstalt, Steinweg 45
- Chauffeurschule.**
Halle'sche Automobilzentrale,
Grünstr. 31.
- Chemieschule für Damen.**
Dr. S. Gärtner, Tel. 8855.
Mühlweg 29.
- Cello-Unterricht.**
O. Schwendler, Mühlweg 30.
- Fremde Sprachen**
Baers Handelsfachschule,
Geiststr. 41
Gieseguth, Zinkgartenstr. 15
Lewins-Lehranstalt, Steinweg 45
- Haushalt- u. Kochschule.**
H. Laatz, Magdeburger Str. 37.
- Kaufmann. Rechnen.**
Baers Handelsfachschule,
Geiststr. 41.
Gieseguth, Zinkgartenstr. 15
Lewins-Lehranstalt, Steinweg 45
- Klavier-Unterricht.**
Weidenplan 27, I. Etage.
- Korrespondenz.**
Baers Handelsfachschule,
Geiststr. 41.
Gieseguth, Zinkgartenstr. 15
Lewins-Lehranstalt, Steinweg 45
- Massage u. Heilgymnastik.**
Ludwig, Kleinschmieden 61.
- Musik-Unterricht.**
Musikgruppe Halle
Stunde-Vermittlung durch Fr.
Schiefer, Kl. Ulrichstr. 17, I.
- Nachhilfe-Unterricht**
wird erteilt Forsterstr. 36, II, I.
K. Taube, L.-Wuchererstr. 28.
- Schneider-Akademie.**
R. Beilge, Gr. Ulrichstr. 36 II.
Friedrich R. Müller, Schneider-
Meisterin, Gr. Ulrichstr. 52.
Triumph-Meth. Linke,
Gr. Ulrichstr. 63.
- Schneider-Unterricht**
E. Holborn, Forsterstr. 58 II.
Strand Privat- u. Bauhof I.
- Schreib-Unterricht.**
Baers Handelsfachschule,
Geiststr. 41.
Gieseguth, Zinkgartenstr. 15.
- Schreibmaschine.**
Baers Handelsfachschule,
Geiststr. 41.
Gieseguth, Zinkgartenstr. 15.
Lewins-Lehranstalt, Steinweg 45
- Schulwissenschaften.**
R. Taube, L.-Wuchererstr. 28
- Schwedisches Turnen.**
M. Ludwig Kleinschmieden 6, I
- Stenographie**
Baers Handelsfachschule,
Geiststr. 41.
Gieseguth, Zinkgartenstr. 15.
Lewins-Lehranstalt, Steinweg 45
- Tafeldecken u. Servieren.**
R. Linke, Gr. Ulrichstr. 63 II.
- Tanz-Unterricht**
Hofballmeister Wesner,
St. Nikolaus.

Offene Stellen

Bürovorsteher
mit gründlicher Erfahrung in Buchführung und Material zum
1. Januar 1918 gesucht. Roeder, Steinweg 1 u. 2, A. A. A.,
Halterstraße.

Vermietungen

Laden
mit 2 Schaufenstern u. gr. Keller bish. u. Fr. Max Schult
Verkehr u. Schreibmaschinen-Handlung, auch zu Lager werden
zu vermieten. Th. Ehrlich, Buchhandlung u. A. A. A.,
Martinsstraße 11. Piano Ritter gegenüber

Ein modernes
Einfamilienhaus
mit kleinem, sonnigen Garten
in guter Lage in oder bei Halle
zu kaufen gesucht im Preise von
70-120.000 Mk. Offerten unter
B. G. 3549 an Rud. Mosse,
Brüderstraße 4

Mietgesuche
Herr Ehepaar sucht groß., gut
beheizbares

möbl. Zimmer
mit Verp., möglichst in Borsit
Nähe Eisenbahn in Offerten mit
Preisang. schriftl. übersenden und
Sicht u. M. 5231 an d. Exped.
d. Zeitung.

Raufe
und jede höchste Preise für
ausgezeichnetes Haar.
Zopf-Sieberr
nur Leipziger Str. 33 u. 791.

Weinflaschen,
Zehn u. Weinflaschen kauft
und halt ab
Ludwig, Schwellstraße 14, T. 4187

Kaufgesuche
Schwarz, Wei. ter. 31. Jahr, wegen
Nachhaltigkeit zu verkaufen.
Friedrich, Garsdorf,
Vogelstraße 11.

Pianino
einer kleiner Flügel von Brand
geg. ist. Kasse gesucht. Zahlte bis
1000 Mk. Off. m. Preis u. S. U.
2-4 an d. Exped. d. Zeitung 32

Orch. Sonorations-Ordnung
sich zu kaufen gesucht. Offerten
unter L. 1142 befördert die Exp.
dieser Zeitung.

Gilber
Ist Art u. Einlöcher, 2 Jumeiler
Dunker, Leipziger Straße 13.

Vermischtes

Praktische Kartoffelhorden
sehr preiswert
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90,
5%, Rab.-Spur-Marken.

Scheuertücher
empfiehlt H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Weihnachtsbäume,
5000 Stk. 2-3 m hoch, zu kaufen gesucht. Offerten an
Rothbart, Carregeschäft, Wertheim-Platz, Berlin, Str. 13

Brennhölz
in Fuhrer und Benziner frei
Haus (eig.) u. Markt.
Kurt Vogel, Teichstr. 156.

Möbel
Wohnungs-Einrichtungen
Pianos, Gehäusente kauft zu höchsten Preisen
Friedrich Peileke, Geißstraße 25,
Telephon 8250.

Verloren
Sonabend abend auf dem
Wege von Handelstraße nach
Geißstraße durch Weitzers u.
Herrmannstraße
**schwarze
Damenlederjacke**
verloren. Inhalt: Portemonnaie,
zwei Schlüssel, Taschentuch,
Kleiner u. 1 Reiß-Geldstück
im Umhang.
Bieten gute Belohnung an.
Herrn, Meier 3 part. u. II. Etg.

Hüte und Mützen
für Herren u. Knaben.
— Schülermützen —
in Samt und Filz.
Kreuz u. a. w. a. l.
vortellhaftes Preis
im Kaufhaus
H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Verloren
In unserem
Verkehrs- u. Leseraum
Gr. Ulrichstr. 52
befindet sich die
Annahmestelle
für Anzeigen
und Zeitungs-
bestellungen
auf unser Blatt.
Verkauf einzelner
Zeitungsnummern.

Bei herannahender
Sautjucken
(auch bei heftigen Winden)
verhelft Ihnen
Dr. Kochs Süßholzwurzel
(Antiprurit)
sorgt Erleichterung — 200
Mk. 4.—, Tube Mk. 2.—
Sonnenschutz am Markt.

Verloren
Kleiner Flügel von Brand
geg. ist. Kasse gesucht. Zahlte bis
1000 Mk. Off. m. Preis u. S. U.
2-4 an d. Exped. d. Zeitung 32

Solzpantoffel
in Leder, an Wiedererwärmer,
hohe Weibstiefeln u. Holz-
schuhen empfiehlt sich
Herrn, Worg Panofschmiederei
Zwintzschke.

Verloren
In unserem
Verkehrs- u. Leseraum
Gr. Ulrichstr. 52
befindet sich die
Annahmestelle
für Anzeigen
und Zeitungs-
bestellungen
auf unser Blatt.
Verkauf einzelner
Zeitungsnummern.

„Kriegslicht“
Spiritusbrenner
passen auf jede Lampe.
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90,
5%, Rab.-Spur-Marken

